

Stuttgart, 21.10.2014

## Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen

### Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Einbringung	nicht öffentlich	05.11.2014
Schulbeirat	Beratung	öffentlich	11.11.2014
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen	Vorberatung	öffentlich	06.02.2015
Schulbeirat	Beratung	öffentlich	24.02.2015
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	öffentlich	04.03.2015
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	05.03.2015

### Beschlußantrag:

1. Von dem Schulentwicklungsplan für die öffentlichen beruflichen Schulen der Landeshauptstadt Stuttgart wird Kenntnis genommen (s. Anlage 1).
2. Der **Weiterentwicklung verschiedener Schulstandorte in den vier Handlungsfeldern** „Kaufmännische Schulen“, „Metalltechnische Schulen“, „Berufsfeldübergreifende Schulen“ und „Landwirtschaftliche Schule“ hin zu Kompetenzzentren wird zugestimmt. Ziel der strukturellen Änderungen ist es, das bestehende Bildungsangebot langfristig in Stuttgart zu erhalten und das duale System und die Wirtschaftsstruktur in Stuttgart zu stärken (vgl. Punkt 3.3 der Begründung).
3. Für das **Handlungsfeld „Kaufmännische Schulen“** wird der Handlungsempfehlung auf Grundlage der Modellvariante 11 zugestimmt (vgl. Punkt 3.3.1 der Begründung).  
Die Verwaltung wird mit der Weiterbearbeitung folgender **Prüfaufträge** beauftragt:
  - a. Prüfung der Auswirkungen der schulorganisatorischen Verlegungen auf die konkrete Raumsituation an den Standorten
    1. **Wirtschaftsgymnasium West** unter Verlagerung der Schule an den neuen Standort Ludwigstr. 111 und unter Aufgabe der angemieteten Außenstelle in der Siemensstr. 52/1

2. **Kaufmännische Schule 1** unter Einbeziehung der bisherigen Flächen des Wirtschaftsgymnasiums West in der Rotebühlstr. 101 und unter Prüfung einer Aufgabe der bisherigen Außenstelle in der Reuchlinstr. 4B
  3. **Louis-Leitz-Schule** unter Aufgabe der Außenstellen in der Leobener Str. 35 und des Mietobjekts Burgenlandstr. 44
  4. **Kaufmännische Schule Nord** unter Aufgabe der angemieteten Außenstelle in der Siemensstr. 52/1
- b. Prüfung einer schulischen Nachnutzung des Schulgebäudes in der Zellerstr. 35 u. 37 nach Auszug der Schülerschaft der bish. **Kaufmännischen Schule Süd**
4. Für das **Handlungsfeld „Metalltechnische Schulen“** wird der Handlungsempfehlung auf Grundlage der Modellvariante 2 zugestimmt (vgl. Punkt 3.3.2 der Begründung). Die Verwaltung wird mit der Weiterbearbeitung folgender **Prüfaufträge** beauftragt:
- a. Prüfung von Ausgleichsmöglichkeiten zur Deckung des Raumdefizits an der **Max-Eyth-Schule** und zum Abbau von Defiziten im infrastrukturellen Bereich an der **Robert-Mayer-Schule** im Gebäudeverbund beider Schulen ohne bauliche Erweiterung, in einer Variante unter Berücksichtigung zusätzlich erreichbarer Synergien bei Fusion beider Schulen
  - b. Prüfung einer räumlichen Umstrukturierung an der **Robert-Bosch-Schule** zum bedarfsgerechten Ersatz des abgängigen Werkstattgebäudes C unter Berücksichtigung freierwerdender Räume in der benachbarten Hohensteinschule
  - c. Prüfung einer räumlichen Umstrukturierung an der **Wilhelm-Maybach-Schule** zum Abbau bestehender Defizite im infrastrukturellen Bereich
5. Für das **Handlungsfeld „Berufsfeldübergreifende Schulen“** wird der Handlungsempfehlung auf Grundlage der Modellvariante 7 zugestimmt (vgl. Punkt 3.3.3 der Begründung). Die Verwaltung wird mit der Weiterbearbeitung folgender **Prüfaufträge** beauftragt:
- a. Prüfung der Auswirkungen der schulorganisatorischen Verlegungen auf die konkrete Raumsituation an den Standorten
    1. **Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung** unter Berücksichtigung von freierwerdenden Werkstattflächen (Industriekeramiker)
    2. **Gewerbliche Schule Im Hoppenlau**, in einer Variante unter Verlegung des Berufsfelds Hotel- und Gaststättengewerbe (Berufsschule und Sonderberufsschule) an die Hedwig-Dohm-Schule, in einer weiteren Variante unter Prüfung einer Einrichtung eines

3. **Kerschensteinerschule** unter Berücksichtigung der Zusammenführung mit der Technischen Oberschule
  - b. Prüfung einer schulischen Nachnutzung des Schulgebäudes in der Hohenheimer Str. 12 nach Auszug der Schülerschaft aus der bisherigen **Technischen Oberschule**
  
6. Die Verwaltung wird für das **Handlungsfeld „Landwirtschaftliche Schule“** auf Grundlage der Modellvarianten 1 und 2 mit der Weiterbearbeitung folgender **Prüfaufträge** beauftragt (vgl. Punkt 3.3.4 der Begründung ):
  - a. **Modellvariante 1** (das Land sieht weiter eine gemeinsame Schulleitung für die Landwirtschaftliche Schule und die Staatsschule für Gartenbau vor):

Prüfung von zwei Varianten

    - I) Unterbringung der Landwirtschaftlichen Schule in einem eigenen Schulgebäude in der Innenstadt, z.B. im freiwerdenden Gebäude der Technischen Oberschule
    - II) Schulneubau auf dem Grundstück des Landes (Flst. 4441/1) unter Prüfung der Wirtschaftlichkeit
  
  - b. **Modellvariante 2** (das Land trennt die Landwirtschaftliche Schule organisatorisch von der Staatsschule ab – aufgrund der zu geringen Schulgröße strukturelle Zusammenführung mit der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau):

Prüfung von zwei Varianten für die räumliche Unterbringung der Berufe und Schularten der bisherigen Landwirtschaftlichen Schule

    - A) Integration am Schulstandort der Hoppenlau-Schule in Stuttgart-West, in einer Variante in Kombination mit dem Modell 7 aus dem Handlungsfeld „Berufsfeldübergreifende Schulen“
    - B) als Außenstelle in einem eigenen Schulgebäude in der Innenstadt, z.B. im freiwerdenden Gebäude der Technischen Oberschule
  
7. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig zu den Beratungen des Doppelhaushalts 2016/17 über die notwendigen finanziellen und ggf. auch personellen Ressourcen zu berichten.

**Begründung:**

**Gliederung:**

## **1. Ausgangssituation**

## **2. Umsetzung**

## **3. Wesentliche Erkenntnis**

3.1 Schülerrückgang und Raumüberhang

3.2 Handlungsfelder

3.3 Handlungsempfehlungen

3.3.1 Kaufmännische Schulen

3.3.2 Metalltechnische Schulen

3.3.3 Berufsfeldübergreifende Schulen

3.3.4 Landwirtschaftliche Schule

## **4. Entwicklungsmöglichkeiten für spezielle Handlungsfelder**

4.1 Berufliches Gymnasium

4.2 Schulische Bildung junger Menschen mit Behinderung (Inklusion)

4.3 Schulische Bildung junger Menschen ohne Deutschkenntnisse

4.4 Stärkung des dualen Ausbildungssystems

4.5 Regionale Schulentwicklung

## **5. Verfahren – diskursiv und ergebnisoffen**

## **6. Schnittstellen und externe Faktoren**

6.1 Bildungspolitische Entwicklungen

6.2 Städtisches Schulsanierungsprogramm

## **7. Weiteres Vorgehen**

7.1 Umsetzungsschritte in der zweiten Projektphase

7.2 Prozessgestaltung / Beteiligungsverfahren

## 1. Ausgangssituation

Die letzte Gesamtschau der Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen wurde 2001 erstellt. Seither haben sich die bildungspolitischen, gesellschaftlichen, demografischen und wirtschaftlichen **Rahmenbedingungen** ebenso wie die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt **deutlich verändert**. Beispielhaft zu nennen sind der Trend hin zu höheren Bildungsabschlüssen und weg vom dualen System, Änderungen innerhalb der Berufsbilder und bei der Nachfrage nach einzelnen Berufen, die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte, Auswirkungen der Empfehlungen aus der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ sowie nicht zuletzt die Aufnahme einer regionalen Schulentwicklung im Schulgesetz für Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund und angesichts landesweit rückläufiger Schülerzahlen wurde eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung unter Erarbeitung einer **regionalen Perspektive** notwendig.

Im Anschluss an die Schulentwicklungsplanung für die allgemein bildenden Schulen hat der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart daher Planungsmittel für eine Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen bereitgestellt (GRDs 377/2011). Auf Grund der knappen Personalressourcen des Schulverwaltungsamtes wurde das Projekt zur **Vergabe an einen externen Gutachter** EU-weit ausgeschrieben. Im Sommer 2012 konnte das Büro GUS (Gesellschaft für Umweltplanung Stuttgart) beauftragt werden. Untersucht wurde die Entwicklung der 22 öffentlichen beruflichen Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Stuttgart in einem Planungszeitraum bis zum Schuljahr 2022/23. Dabei wurde das gesamte, in Stuttgart an den beruflichen Schulen sehr breitgefächerte Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot betrachtet von beruflichen Ausbildungen im dualen System über allgemein bildende Schulabschlüsse bis hin zu beruflichen Weiterbildungen und Abschlüssen auf dem zweiten Bildungsweg. Der Leistungsumfang umfasst folgende **Projektschritte**:

1. **Bestandserfassung**: Analyse Raum-/ Gebäudebestand und Schulprofil, u.a. Begehung aller 22 Schulen, Leitfadeninterviews mit Schulleitungen, Workshop mit Schulleitungen und Regierungspräsidium zu Zukunftsperspektiven für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Stuttgart
2. **Prognose der Schülerzahlen**: Daten- und Trendanalysen zu demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, u.a. Bevölkerungsentwicklungen, Übertrittsverhalten an allgemeinbildenden Schulen, Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftssektoren, Prognosen je Ausbildungsberuf und Bildungsgang, Befragungen von Experten aus Wirtschaft und Bildungspolitik, Abgleich mit den Landkreisen in der Region
3. **Analyse des Raumbedarfs und Bilanzierung**: Berechnung von Kennwerten zum schulspezifischen Bedarf, Analyse von Fehlbedarfen durch Abgleich des Bedarfs mit der Ist-Situation, Erkennen von Raumüberhängen und Raumunterdeckungen je Schulstandort, Bilanzierung über alle Schulen hinweg für die Gesamtstadt
4. **Entwicklung von Lösungsalternativen**: Analyse von Handlungsbedarfen bspw. hinsichtlich schulischer Profile, Auslastungsfragen, Standortbedingungen oder

der Leistungsfähigkeit von Gebäuden, Aufzeigen von Lösungsalternativen, Diskussion der Lösungsmodelle mit Schulleitungen, Regierungspräsidium und Wirtschaftsvertretern, Weiterentwicklung der Lösungsansätze hin zu Handlungsempfehlungen.

## 2. Umsetzung

Das Projekt startete Anfang Oktober 2012 mit einer Auftaktveranstaltung für Schulleitungen und Vertreter des Regierungspräsidiums Stuttgart Referat Berufliche Schulen.

Zentraler Schwerpunkt der ersten Projektphase war die **Bestandserfassung** auf folgender Grundlage:

- Amtliche Schulstatistik: Gesamtschüler im Basisjahr 2011/12, Schüler- und Klassenzahlen nach Schularten und Bildungsgängen in den zurückliegenden fünf Jahren
- Schulische Struktur: Art der Schule, Schulprofil, Lage im Stadtgebiet, Außenstellen, Einzugsbereich und Nachfrage aus der Region
- Gebäude- und Nutzungsdaten: Raumlizenzen und Programmflächen.

Im Rahmen einer ersten Expertenrunde folgten im Zeitraum Oktober bis Dezember 2012 **Befragungen und Begehungen an allen 22 Schulen**. In strukturierten Arbeitsgesprächen fand ein Austausch zur zukünftigen Entwicklung und zu Trends aus Sicht der Schulleitungen statt. Dabei wurden nachgefragte bzw. nicht nachgefragte Berufe und Bildungsgänge thematisiert, die strategische Ausrichtung und Schärfung des schulischen Profils sowie neue Aufgabenstellungen durch Veränderungen bei den allgemein bildenden Schulen diskutiert. Im April 2013 fand ein Workshop mit allen 22 Schulleitungen und Vertretern des Regierungspräsidiums Stuttgart statt, in dem Zukunftsperspektiven für den Schul- und Wirtschaftsstandort Stuttgart diskutiert wurden.

Mit dem Ziel, Schülerprognosen je Bildungsgang und je Ausbildungsberuf zu erstellen, wurden in der zweiten Projektphase **demographische und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen** analysiert. Zur Absicherung dieser Prognosen fanden im Herbst 2013 mehrere Gespräche mit verschiedenen **Experten aus Wirtschaft und Bildungspolitik** statt. Befragt wurden Vertreter der Industrie und Handelskammer Region Stuttgart, der Handwerkskammer Region Stuttgart, des Deutschen Gewerkschaftsbunds Bezirk Baden-Württemberg, des Verbands Südwestmetall und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg Abteilung Berufliche Schulen. Folgende Themenfelder wurden mit diesen Experten diskutiert:

- Strukturmerkmale und Entwicklung der Region Stuttgart
- Problemfelder Demografie, Fachkräftemangel und Qualifizierung

- Schulsystem und Übergang in den Beruf
- Zukünftige Entwicklungen an den beruflichen Schulen.

In der dritten Projektphase wurde aus den in den Expertenrunden abgestimmten Prognosedaten eine **Bedarfseinschätzung** je Schule anhand des jeweils spezifischen schulischen Profils erarbeitet. Durch Abgleich mit den Ergebnissen aus der Bestandserfassung wurden Raumunterdeckungen bzw. -überhänge je Standort berechnet. Auf Basis dieser Bilanzierung konnten wichtige Erkenntnisse zu Handlungsbedarfen abgeleitet und modellhafte Lösungsalternativen entworfen werden. Die **Lösungsmodelle** wurden im weiteren Projektverlauf allen Beteiligten vorgestellt, intensiv diskutiert und weiterentwickelt. Mit dem Vorschlag von Handlungsempfehlungen endet die erste grundlegende Planungsphase dieses Projekts. Die Erkenntnisse und verschiedenen Lösungsansätze sind in dem als Anlage 1 beigefügten Projektbericht ausführlich darstellt.

Im beigefügten **Bericht des Gutachters** sind die Ziele und Leitlinien sowie die methodischen Grundlagen der Schulentwicklungsplanung dargelegt (Teil A). Auf Basis der erarbeiteten Schülerprognosen und im Abgleich mit der Bestandsanalyse wurden vier Handlungsfelder identifiziert (Teil B). Für die erkannten Handlungsbedarfe wurden Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung und Neuausrichtung der beruflichen Schullandschaft in Stuttgart herausgearbeitet (Teil C).

### 3. Wesentliche Erkenntnis

#### 3.1 Schülerrückgang und Raumüberhang

Wesentliches Ergebnis ist die Feststellung eines langfristig zu erwartenden erheblichen **Raumüberhangs von über 10%**. Dies entspricht einer Größenordnung von 1,5 - 2 beruflichen Schulen. Maßgeblich für den Raumüberhang ist die demographische Entwicklung mit einem prognostizierten Schülerrückgang von rd. 15% sowie Veränderungen in der Struktur der Berufe und der darin begründeten Auswirkungen auf die Formate der Werkstätten und Labore. Großflächige Werkstätten, wie beispielsweise Schmieden oder Werkbankräume, werden künftig durch neue Formate zu ersetzen sein.

Die zukünftigen Raumüberhänge ermöglichen einerseits bestehende **Defizite im Bereich Schüler-/ Lehrerarbeit abzubauen** sowie **neue Unterrichtsformen** bei Umstrukturierung veralteter Fachraumsituationen zu berücksichtigen, andererseits können Außenstellen in **kostenintensiven Mietobjekten aufgegeben** werden (z.B. Siemensstraße 52 (Wirtschaftsgymnasium West, Johannes-Gutenberg-Schule), Burgenlandstraße 44 (Louis-Leitz-Schule)). Erweiterungs- oder Neubauten zur Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten an einzelnen Standorten mit derzeitigem Raumdefizit sind vor diesem Hintergrund nicht mehr notwendig. Der Raumbedarf der beruflichen Schulen kann insgesamt betrachtet in den städtischen Schulgebäuden durch Umstrukturierungen und Verlegung von Berufen und Schularten innerhalb Stuttgarts gedeckt werden. Trotz der hier vorgeschlagenen

Aufhebung von einzelnen Schulen bieten die verbleibenden Standorte noch ausreichend Flexibilität und Raumreserven für neue Entwicklungen, wie beispielsweise im Bereich der inklusiven Beschulung, weiter anwachsender Flüchtlingsströme oder neuer Schulversuche im sog. Übergangssystem. Die vorgeschlagenen strukturellen Konzentrationen führen zur Stärkung der Schulen im Sinne von Kompetenzzentren mit dem Ziel, **bestehende Bildungsangebote langfristig in Stuttgart zu erhalten** und damit jungen Menschen bestmögliche Bildungschancen zu eröffnen und den **Wirtschaftsstandort Stuttgart zu stärken**.

### 3.2 Handlungsfelder

Die Analyse des Gutachters weist **Handlungsbedarfe an 15 der insgesamt 22 beruflichen Schulen** aus, wobei sich die Verhältnisse an den Standorten differenziert darstellen. Hintergrund sind die deutlich unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen in einzelnen Branchen und Ausbildungsberufen (z.B. – 28% im Nahrungsmittelhandwerk gegenüber + 7% im Informatikbereich) und in verschiedenen Schularten (z.B. –40% in den zweijährigen Berufsfachschulen und +30% im Beruflichen Gymnasium).

Aus der Problemanalyse ergeben sich **vier Handlungsfelder**:

- Kaufmännische Schulen (6 Schulen):  
Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule, Kaufmännische Schule 1, Kaufmännische Schule Nord, Kaufmännische Schule Süd, Louis-Leitz-Schule, Wirtschaftsgymnasium West
- Metalltechnische Schulen (4 Schulen):  
Max-Eyth-Schule, Robert-Bosch-Schule, Robert-Mayer-Schule, Wilhelm-Maybach-Schule
- Berufsfeldübergreifend Gewerbliche Schulen (4 Schulen):  
Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung, Gewerbliche Schule Im Hoppenlau, Kerschensteinerschule, Technische Oberschule
- Landwirtschaftliche Schule

### 3.3 Handlungsempfehlungen

Näher untersucht wurden **22 Lösungsmöglichkeiten**. Die hohe Komplexität der Lösungsfindung bestand darin, inhaltliche Handlungsoptionen zur Stärkung des schulischen Profils mit den räumlich-gebäudlichen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen. Aufgrund der Wechselwirkungen und unterschiedlichen Entwicklungen in Berufen und Schularten konnten Schulen nicht isoliert analysiert werden, sondern es wurden immer mehrere Schulen gemeinsam in teilweise unterschiedlichen Modellkonstellationen betrachtet. Die hier nun vorgeschlagenen vier Handlungsempfehlungen sind das Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses. Sie sind mit den wesentlichen Akteuren abgestimmt. Die Lösungsmodelle orientieren sich an der Leitidee, Schulen als Kompetenzzentren weiterzuentwickeln und Raumdefizite in Bestandsgebäuden der beruflichen Schulen auszugleichen.



Folgende Handlungsempfehlungen werden mit dieser Vorlage nun zur Beschlussfassung vorgelegt (zur ausführlichen Darstellung vgl. Anlage 1, Teil C):

### 3.3.1 Handlungsempfehlung „Kaufmännische Schulen“ - Modellvariante 11 (vgl. Anlage 1, Teil C, Seite 231)

Stärkung der kaufmännischen Schulen als Kompetenzzentren durch schulorganisatorische Umverteilung von Berufen und Schularten unter

- Aufhebung der Kaufmännischen Schule Süd und
- Verlegung des Standorts des Wirtschaftsgymnasiums West in das Schulgebäude Ludwigstr. 111 (ehem. Hedwig-Dohm-Schule) in Stuttgart-West,
- in Folge Übernahme der vom Wirtschaftsgymnasium West freigemachten Schulfläche in der Rotebühlstr. 101 durch die benachbarte Kaufmännische Schule 1,
- Aufgabe der angemieteten Außenstellen in der Siemensstr. 52 (Wirtschaftsgymnasium West) und Burgenlandstr. 44 (Louis-Leitz-Schule),
- Nachnutzung des Gebäudes der Kaufmännischen Schule Süd in der Zellerstr. 35 und 37 für andere schulische Bedarfe.

Die fünf verbleibenden Schulen werden zu **Kompetenzzentren** weiterentwickelt:

#### Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule

- Kompetenzzentrum für Verlagswesen/Marketing – Sport/Gesundheit
- mit bestehendem Vollzeitprofil mit Berufsfachschule, Berufskolleg und Wirtschaftsgymnasium (nach Abgabe der Poolklasse an die Kaufmännische Schule Nord zukünftig vierzünftig im Profil „Wirtschaft“)

#### Kaufmännische Schule 1

- Kompetenzzentrum für Banken/Versicherungen/Verwaltung - Tourismus/Gesundheit – Lager/Logistik - Einzelhandel/Verkauf
- bei Stärkung des Vollzeitbereichs mit bestehender Wirtschaftsber- und Berufsaufbauschule durch Berufskolleg (aus der Kaufmännischen Schule Süd)

#### Kaufmännische Schule Nord

- Kompetenzzentrum für Groß- und Außenhandel – Automobilkaufleute – Steuer/Recht/Justiz
- bei Stärkung des Vollzeitbereichs mit bestehender Fachschule durch Berufskollegs (aus der Kaufmännischen Schule Süd) und ein

Wirtschaftsgymnasium (zweizügig im Profil „Wirtschaft“, Neueinrichtung durch Verlegung von zwei Poolklassen (im Schuljahr 2014/15 je eine Klasse an der Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule und am Wirtschaftsgymnasium West)

Louis-Leitz-Schule

- Kompetenzzentrum für Büromanagement – Industriekaufleute - Personaldienstleistung
- mit bestehendem Vollzeitprofil mit Berufsfachschule und Wirtschaftsgymnasium (dreizügig im Profil „Wirtschaft“)

Wirtschaftsgymnasium West

- Etablierung als „Premiummarke“ im Vollzeitbereich nach Verlegung der Berufsschule (derzeit Außenstelle im Mietobjekt Siemensstr. 52/1 in Stuttgart-Feuerbach) an die Kaufmännische Schule 1 und Kaufmännische Schule Nord
- mit bestehendem Vollzeitprofil mit Berufsfachschule, Berufskolleg und Wirtschaftsgymnasium (vierzügig in zwei Profilen „Wirtschaft“ und „Internationale Wirtschaft“ nach Abgabe der Poolklasse an die Kaufmännische Schule Nord)

Die Profilbildung der Schulen basiert auf Verlegung von Berufen und Schularten:

1. von der Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Kaufmännische Schule Nord		1 Eingangsklasse (Poolklasse) im Wirtschaftsgymnasium

2. von der Kaufmännischen Schule Nord

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Kaufmännische Schule 1	Kaufleute im Einzelhandel	
	Verkäufer/innen	
Louis-Leitz-Schule	Kaufleute für Büromanagement (ehem. Bürokaufleute)	

### 3. von der Kaufmännischen Schule Süd

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Kaufmännische Schule 1	Kaufleute im Einzelhandel	Kfm. Berufskolleg I
	Verkäufer/innen	Kfm. Berufskolleg II
	Fachkraft für Lagerlogistik, Fachlagerist	Kfm. Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife
Kaufmännische Schule Nord		Kfm. Berufskolleg 2BK für Fremdsprachen
		Kfm. Berufskolleg 2BK für Wirtschaftsinformatik
Louis-Leitz- Schule	Kaufleute für Büromanagement (ehem. Bürokaufleute)	
	Industriekaufleute	

### 4. vom Wirtschaftsgymnasium West

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Kaufmännische Schule 1	Kaufleute im Einzelhandel	
Kaufmännische Schule Nord	Kaufleute im Groß- und Außenhandel	1 Eingangsklasse (Poolklasse) im Wirtschaftsgymnasium
	Justizfachangestellte	

### 3.3.2 Handlungsempfehlung „Metalltechnische Schulen“ - Modellvariante 2 (vgl. Anlage 1, Teil C, Seite 243)

Stärkung der vier metalltechnischen Schulen als Kompetenzzentren durch Umstrukturierung veralteter Werkstattsituationen und Abbau von Defiziten im infrastrukturellen Bereich unter

- Ausgleich des Raumdefizits an der Max-Eyth-Schule und Abbau des Defizits im Bereich Schüler-/Lehrerinfrastruktur an der Robert-Mayer-Schule im Standortverbund der beiden Schulen ohne bauliche Erweiterung und
- in einer Variante unter Berücksichtigung zusätzlich erreichbarer Synergien bei Fusion beider Schulen,
- Weiterentwicklung der Robert-Bosch-Schule am Standort bei bedarfsgerechtem Ersatz für das abgängige Werkstattgebäude C unter Berücksichtigung frei werdender Räume in der Hohensteinschule,
- Weiterentwicklung der Wilhelm-Maybach-Schule am Standort.

Die vier Schulen werden als **Kompetenzzentren** in folgenden Profilen gestärkt:

#### Max-Eyth-Schule

- Kompetenzzentrum für Mechanik/Maschinentechnik – Schutz und Sicherheit – Produktdesign/Technisches Produktdesign
- im Vollzeitbereich mit Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf, Berufsfachschule, Berufskolleg, Technischem Gymnasium (6jährig und 3jährig), Meister- und Technikerschulen

#### Robert-Bosch-Schule

- Kompetenzzentrum für Mechanik/Maschinentechnik – Metallbau/Mechatronik – Karosserie-/Fahrzeugbau
- im Vollzeitbereich mit Berufsfachschule, Berufskolleg, Technikerschule

#### Robert-Mayer-Schule

- Kompetenzzentrum für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik – Metallbau
- im Vollzeitbereich mit Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf, Berufsfachschule, Meister- und Technikerschulen

#### Wilhelm-Maybach-Schule

- Kompetenzzentrum für Mechanik – Gießereitechnik – KFZ-Mechatronik/-technik
- im Vollzeitbereich mit Berufsfachschule, Technischem Gymnasium, Meister- und Technikerschulen

### **3.3.3 Handlungsempfehlung „Berufsfeldübergreifend“ - Modellvariante 7** (vgl. Anlage 1, Teil C, Seite 257)

Stärkung der drei Gewerblichen Schulen Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung, Gewerbliche Schule Im Hoppenlau und Kerschensteinerschule als Kompetenzzentren durch schulorganisatorische Umverteilung von Berufen und Schularten unter

- Aufhebung der Technischen Oberschule (aufgrund rückläufiger Schülerzahlen zu kleine Schuleinheit) und Zusammenführung mit der Kerschensteinerschule,
- in Folge Nachnutzung des Gebäudes der Technischen Oberschule in der Hohenheimer Str. 12 für andere schulische Bedarfe.

Die drei verbleibenden Schulen werden zu **Kompetenzzentren** weiterentwickelt:

Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung

- Kompetenzzentrum für Farbtechnik – Raumgestaltung
- im Vollzeitprofil mit Berufsfachschule, Berufskolleg und Fachschulen

Gewerbliche Schule Im Hoppenlau

- Kompetenzzentrum für Nahrung – Körperpflege / Mode/Textil
- bei Stärkung des Vollzeitbereichs durch ein Berufskolleg Mode (aus der Kerschensteinerschule) und ggf. ein Berufliches Gymnasium (durch Umverteilung der Züge im Technischen Gymnasium innerhalb Stuttgarts)

Kerschensteinerschule

- Kompetenzzentrum für Naturwissenschaften/Umwelt – Pharmazie/Orthopädie – Innenausstattung
- bei Stärkung des Vollzeitbereichs mit Berufskolleg, Fachschule und Technischem Gymnasium durch Zusammenführen mit der Technischen Oberschule (Berufskolleg, Berufsaufbauschule, Technische Oberschule).

Die Profilbildung basiert auf der folgenden Verlegung von Berufen und Schularten:

1. von der Kerschensteinerschule

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung	Lacklaboranten	
Gewerbliche Schule Im Hoppenlau	Änderungs-, Maßschneider, Modenäher, -schneider, Modisten, Technische Konfektionäre	Berufskolleg für Mode und Design
	Textilreiniger	

2. von der Technischen Oberschule

<i>an</i>	<i>Ausbildungsberufe (Berufsschule)</i>	<i>weitere Schularten</i>
Kerschensteinerschule		Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife
		Gewerblich-technische Berufsaufbauschule
		Technische Oberschule

### 3.3.4 Handlungsempfehlung „Landwirtschaftliche Schule“ – Modelle 1 und 2 (vgl. Anlage 1, Teil C, Seite 265)

Die Landwirtschaftliche Schule könnte als eigenständige Schule bezüglich der Schülerentwicklung nur dann aufrechterhalten werden, wenn sie weiter eine organisatorische Einheit mit der Staatsschule für Gartenbau bildet. Von dieser noch offenen Frage des Landes hängen auch die möglichen Lösungsansätze ab. Außerdem kann mit den Lösungsansätzen die unbefriedigende Raumsituation der Schule behoben werden.

#### Modellvariante 1

Das Land sieht weiter eine gemeinsame Schulleitung für die Landwirtschaftliche Schule und die Staatsschule für Gartenbau vor:

Verbleib der Landwirtschaftlichen Schule unter gemeinsamer Schulleitung mit der Staatsschule für Gartenbau bei zwei Lösungsvarianten für die unbefriedigende Raumsituation (Verteilung auf mehrere Außenstellen)

- mittelfristig Unterbringung der landwirtschaftlichen Schule in einem eigenen Schulgebäude in der Innenstadt, z.B. im freiwerdenden Gebäude der Technischen Oberschule
- mittel- bis längerfristig Schulneubau auf dem Grundstück des Landes (Flst. 4441/1) in Erbbaupacht bei Klärung der noch offenen Fragen durch das Land und unter Prüfung der Wirtschaftlichkeit

#### Modellvariante 2

Das Land trennt die Landwirtschaftliche Schule organisatorisch von der Staatsschule ab:

Aufgrund der nach den Vorgaben des Landes zur Regionalen Schulentwicklung zu geringen Schulgröße strukturelle Zusammenführung der Landwirtschaftlichen Schule mit der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau

Für die Raumsituation der Berufe und Schularten der bisherigen Landwirtschaftlichen Schule sind zwei Varianten zu prüfen:

- Integration am Schulstandort der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau in der Rosenbergstr. 17 in Stuttgart-West; zusätzlich geprüft werden könnte, ob ggf. kurzfristig bereits ein Teil der Bildungsgänge von Hohenheim in die Innenstadt verlegt werden könnte
- mittelfristig Nutzung eines eigenen Schulgebäudes in der Innenstadt als Außenstelle der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau (z.B. freiwerdendes Gebäude der Technischen Oberschule in der Hohenheimer Str. 12)

Für den fachpraktischen Unterricht sind zwei Optionen zu prüfen:

- Weiternutzung der bisherigen Anlagen in Hohenheim in Kooperation mit der Staatsschule für Gartenbau und der Universität Hohenheim
- Neubau eines Schulungsgewächshauses auf dem Gelände der Stadtgärtnerei in Möhringen und Nutzung der Anlagen in Möhringen in Kooperation mit der Stadtgärtnerei

#### 4. Entwicklungsmöglichkeiten für spezielle Handlungsfelder

Die hier vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen basieren auf vielfältigen schulorganisatorischen Veränderungen und haben teilweise bauliche Umstrukturierungen zur Folge. Da an mehreren Standorten derzeit bereits die Notwendigkeit besteht, berufsspezifische Fachräume zu modernisieren und/oder Schulraum zu sanieren, wurden diese anstehenden bzw. bereits anlaufenden Maßnahmen im Rahmen der Lösungssuche so weit als möglich berücksichtigt. Ziel dieser Schulentwicklungsplanung ist es, langfristig **Sicherheit für die anstehenden Investitionen** zu erreichen. Die Analyse des Gutachters zeigt, dass dieses Ziel durch eine **Konsolidierung der Schullandschaft** erreicht werden kann. In der Konsequenz bedeutet das, dass für qualitativ und quantitativ gut aufgestellte, stabile und leistungsfähige Schulen eine Neuverteilung von Berufen und Schularten notwendig ist, die in Folge zu einer Reduzierung der Anzahl der beruflichen Schulen in Stuttgart führt. Auf Grundlage der hier vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen werden zwei Innenstadt-Schulgebäude frei (Technische Oberschule und Kaufmännische Schule Süd). Diese Schulgebäude können **anderen schulischen Nutzungen**, beispielsweise auch im Bereich der allgemein bildenden Schulen, zugeführt werden. Bei der vorgeschlagenen Konsolidierung der Standorte wurde berücksichtigt, dennoch ausreichend Flexibilität für neue Entwicklungen zu erhalten. Beispielhaft stehen hierfür die Themenfelder Berufliches Gymnasium, Inklusion, Bildungsangebote für Flüchtlinge, Attraktivität des dualen Systems und Regionale Schulentwicklung.

##### 4.1 Berufliches Gymnasium

Im Bereich der Beruflichen Gymnasien ist die Nachfrage in Stuttgart seit mehreren Jahren höher als die Aufnahmekapazitäten. Eine wesentliche Entlastung für Stuttgart konnte auch durch den Ausbau im Beruflichen Gymnasium nicht erreicht werden, obwohl in den Schuljahren 2011/12 und 2012/13 landesweit insgesamt 150 zusätzliche Eingangsklassen eingerichtet wurden. Im Schuljahr 2013/14 kommen immer noch rd. 49% der Schülerinnen und Schüler aus dem Umland, während gleichzeitig ein großer Teil der eigentlich zugangsberechtigten Stuttgart Schüler/innen wegen der Eingangsbeschränkungen der jeweiligen Schule in Stuttgart nicht zum Zuge kommt und ins Umland ausweichen muss. Insgesamt ist das für den kommunalen Schulträger im Blick auf die Versorgung der eigenen Schülerschaft, aber auch bezüglich der Kosten für die jeweilige Schülerbeförderung ein unbefriedigendes Verfahren. Eine nochmalige Anfrage der Stadt an Herrn

Kultusminister Stoch zum bedarfsgerechten Ausbau der Beruflichen Gymnasien im Rahmen des hier vorgestellten Schulentwicklungsplans wurde im Frühjahr dieses Jahres abschlägig beantwortet. Angesichts der angespannten Ressourcensituation im Bereich der Beruflichen Schulen könnten neue Profile bzw. weitere Neueinrichtungen Beruflicher Gymnasien ausschließlich in Substitution mit bestehenden Vollzeitangeboten erfolgen. Diese Substitution müsse zudem über die demographische Rendite hinaus erbracht werden. Die Stadt steht zu diesem Thema ebenso wie zur noch offenen Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Rechtsanspruch auf einen Schulplatz für zugangsberechtigte Bewerberinnen und Bewerber an einem Beruflichen Gymnasium weiter im Gespräch mit dem Land.

#### 4.2 Schulische Bildung junger Menschen mit Behinderung (Inklusion)

Bereits seit Beginn des Schuljahres 2009/2010 kooperieren berufliche Schulen und Sonderschulen in Stuttgart im Rahmen des Schulversuchs **Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE)** und **Kooperative Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV)** (GRDRs 584/2009). Ziel ist es, möglichst viele junge Menschen mit wesentlichen Behinderungen nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit entsprechend ihren individuellen Kompetenzen zu fördern und zu begleiten sowie nach Erfüllung der Berufsschulpflicht in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Dieses Stuttgarter Konzept wurde 2013 mit dem „Innovationspreis Integration“ des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Im Rahmen der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“ soll mit der Einrichtung eines **Sonderpädagogischen Dienstes** an beruflichen Schulen begonnen werden. Dieser Dienst soll auch weitere Aufgabenstellungen in Bezug auf inklusiven Unterricht übernehmen und Jugendliche mit Behinderung auf dem Weg zu einer Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung unterstützen. In Stuttgart gibt es bereits erste Ansätze zur **inklusiven Beschulung in beruflichen Schulen**. Beispielhaft zu nennen ist hier ein Kooperationsmodell mit dem Rudolph-Sophien-Stift, bei dem Jugendliche mit psychischer Behinderung jeweils im ersten Ausbildungsjahr im Berufsfeld Hotel- und Gaststättengewerbe und im Beruf Bäcker inklusiv unterrichtet werden.

Die Konsequenzen für den Schulträger aus dem weiteren Ausbau eines inklusiven Bildungsangebots, z.B. in Form von zusätzlichen Raumangeboten, können grundlegend erst diskutiert werden, sobald längerfristige Erfahrungen vorliegen. Vorausschauend wurde jedoch im hier vorgestellten Schulentwicklungsplan berücksichtigt, durch flexible Ausgleichsmöglichkeiten an den Schulen **variable Kapazitäten** für die Weiterentwicklung von Schulversuchen und Modellprojekten vorzuhalten.

#### 4.3 Schulische Bildung junger Menschen ohne Deutschkenntnisse

Mit der starken Zunahme von Flüchtlingen im Jahr 2014 steigt im schulischen Bereich der Bedarf an sogenannten Vorbereitungsklassen, in denen ausländische Kinder und Jugendliche die für den Besuch einer Regelklasse notwendigen



Deutschkenntnisse erwerben können. Neben Vorbereitungsklassen an Grundschulen und an Werkrealschulen werden zum Schuljahr 2014/15 zusätzliche sog. VABO-Klassen „**Vorqualifizierung Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen**“ an den beruflichen Schulen eingerichtet. Durch Kooperation mit Ausbildungsbetrieben, die berufsorientierende Praktika beispielsweise im Nahrungshandwerk anbieten, werden jungen Zuwanderern berufliche Ausbildungsperspektiven eröffnet. Handwerksbetriebe sehen in diesem neuen Modell Chancen, qualifizierte Bewerber zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu gewinnen. Die Entwicklung derartiger Bildungsangebote ist im Rahmen der Schulentwicklung weiter zu beobachten. Dabei sind auch Chancen für den Wirtschaftsstandort Stuttgart weiter auszuloten und Angebote zu stärken, die die Attraktivität der Landeshauptstadt als Lebens-, Wohn- und Arbeitsort weiter steigern.

#### 4.4 Stärkung des dualen Ausbildungssystems

Aus der Wirtschaft werden vielfältige Ansätze entwickelt, die **Attraktivität des dualen Ausbildungssystems zu stärken** und neue Potentiale für zukünftige Fachkräfte zu gewinnen. Diese Ansätze gilt es im Rahmen der Schulentwicklungsplanung weiter zu beobachten und Chancen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Stuttgart aufzugreifen. Beispielhaft als neuer Ansatz kann die Anwerbung von Auszubildenden aus dem südeuropäischen Raum genannt werden. So wurde im Schuljahr 2014/15 im Rahmen des bundesweiten Modellversuchs MobiPro-EU ("Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa") auch in Stuttgart ein spezielles Ausbildungsangebot im Bereich der Bauwirtschaft eingerichtet. Darüber hinaus werden aktuell besondere Ausbildungsangebote für Studienabbrecher aus den Hochschulen entwickelt oder bestehende Angebote mit verkürzten Ausbildungszeiten für Abiturienten weiterentwickelt. Im sog. Übergangsbereich werden vielfältige Modellversuche erprobt mit neuen pädagogischen Ansätzen, die unter anderem auf einer Stärkung der dualen Komponente basieren und den Übergang in eine duale Ausbildung unterstützend begleiten.

#### 4.5 Regionale Schulentwicklung

Aufgrund der **Zentrumsfunktion** der Landeshauptstadt Stuttgart und der Besonderheit, dass Schulstandorte nach Branchen und Berufsfeldern strukturiert sind, gibt es bereits heute eine Vielzahl an **Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Fachklassen**. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden in der Berufsschule hat ihren Beschäftigungsort außerhalb Stuttgarts. Der Anteil an auswärtigen Schülerinnen und Schüler ist mit rd. zwei Dritteln in Stuttgart ebenfalls vergleichsweise hoch.

Im Sommer dieses Jahres erfolgte die Verankerung der regionalen Schulentwicklung im **Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg**. Für den Bereich der Beruflichen Schulen ist ergänzend eine Verordnung geplant, die der Sicherung der gemeinsamen Ausbildung der Fachkräfte durch Wirtschaft und Schule dienen soll. Die regionale Schulentwicklung verfolgt dabei das Ziel, dauerhaft

ein regional ausgewogenes, differenziertes und zugleich ressourceneffizient organisiertes Bildungsangebot bereit zu halten, das den Erwerb von Bildungsabschlüssen des beruflichen Schulwesens in zumutbarer Erreichbarkeit ermöglicht. Es soll ein inhaltlich und organisatorisch abgestimmtes Bildungsangebot erreicht werden, bei dem die Lehrkräfte entsprechend ihrer Lehrbefähigung bildungsübergreifend effektiv eingesetzt werden können und die sächlichen Mittel des Schulträgers, insbesondere kostenintensiv eingerichtete Werkstätten und Labore, bestmöglich ausgenutzt werden. Im Regelfall sollen demzufolge schulorganisatorische Maßnahmen grundsätzlich bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse angestoßen werden.

Vor diesem Hintergrund wurde der Fokus des hier vorgestellten Schulentwicklungsplans nicht auf das Interesse einer einzelnen Schule gerichtet. Vielmehr wurden alle Schulstandorte in Stuttgart gemeinsam - unter Einbringung einer regionalen Perspektive durch das Regierungspräsidium Stuttgart - betrachtet und bewertet. Die mit dieser Vorlage dargestellten Handlungsempfehlungen zielen darauf, durch strukturelle Konzentrationen die Voraussetzungen zu schaffen, das **bestehende Bildungsangebot** in der dualen Berufsschule und im Vollzeitbereich **in Stuttgart langfristig zu erhalten**. Ein Abgleich der städtischen Entwicklung mit der Region fand in einem Gespräch mit Vertretern der fünf benachbarten Landkreise statt. Geplant ist ein jährlicher Austausch in der Region.

## 5. Verfahren – diskursiv und ergebnisoffen

Im Verlauf des Projekts hat sich ein diskursives Verfahren als äußerst gewinnbringend erwiesen, das alle Beteiligten – **Schulen** sowie **Experten aus Wirtschaft und Bildungspolitik** – eng in den Prozess einbindet. Das **Regierungspräsidium Stuttgart** begleitete das Projekt in beratender Funktion und unter Einbringung der regionalen Perspektive. Insbesondere bei der Weiterentwicklung der Lösungsmodelle und Handlungsempfehlungen stellte sich der offene und transparente Diskurs mit Schulen und Regierungspräsidium als wichtiger Faktor heraus. Im Zuge der zahlreichen Planungsgespräche wurden Schulleitungen, Regierungspräsidium und Experten aus Wirtschaft und Bildungspolitik zu den dargelegten Erkenntnissen und Modellvarianten um Stellungnahme gebeten und zur Entwicklung weiterer Lösungsperspektiven aufgefordert. Die Detailkenntnis, Einschätzungen und Ideen dieser Partner trugen zur Erarbeitung der hier vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in erheblichem Maß bei. Das **ergebnisoffene Vorgehen** ermöglichte, dass die in der Diskussion weiterentwickelten Lösungsmodelle am Ende dieser ersten Planungsphase von der überwiegenden **Mehrheit der Akteure getragen und befürwortet** werden. Durch das Regierungspräsidium Stuttgart wurden **Örtliche Personalratsvertretungen** der Schulen sowie der Bezirkspersonalrat in dieser sehr frühen Projektphase bereits eingebunden. Anlass gab die breite Diskussion der Lösungsmodelle innerhalb der Schulen. Darüber hinaus haben Schulleitungen und Örtliche Personalräte einzelner Schulen die Initiative zu ersten „Runde-Tisch-Gesprächen“ ergriffen.

Bei allen Vorteilen stellt ein solch diskursives Verfahren hohe zeitliche und

organisatorische Anforderungen an Projektverantwortliche und Beteiligte. Von Schulverwaltungsamt und Büro GUS wurden insgesamt **47 Planungsgespräche mit den Schulen** und **acht Gesprächsrunden mit Experten aus Wirtschaft und Bildungspolitik** organisiert, vorbereitet und durchgeführt. Mit dem **Regierungspräsidium Stuttgart** fanden zahlreiche Arbeitsgespräche statt sowie ein Gespräch mit Vertretern der fünf **benachbarten Landkreise**. Zur Präsentation in den **gemeinderätlichen Gremien** wurden drei Zwischenberichte erstellt. Auf Einladung des Regierungspräsidiums wurden die **Örtlichen Personalvertretungen der Schulen** in drei Veranstaltungen im Schulverwaltungsamt informiert. Der für die beruflichen Schulen in Stuttgart zuständige **Bezirkspersonalrat** wurde durch das Regierungspräsidium eingebunden. Während des gesamten Prozesses fand kontinuierlich ein intensiver Austausch zwischen Schulverwaltungsamt und Büro GUS statt.

## 6. Schnittstellen und externe Faktoren

Bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans sind Schnittstellen zu anderen Themenbereichen zu berücksichtigen und deren Erkenntnisse mit der weiteren Projektbearbeitung abzugleichen. Neben Auswirkungen neuer bildungspolitischer Vorgaben, der weiteren Entwicklung im Bereich der allgemein bildenden Schulen und einer Abstimmung mit den benachbarten Landkreisen ist insbesondere das städtische Schulsanierungsprogramm zu beachten.

### 6.1 Bildungspolitische Entwicklungen

Die Auswirkungen der vielfältigen bildungspolitischen Änderungen durch die neue Landesregierung können derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. In Folge des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, der Einrichtung neunjähriger Gymnasialzüge und der Aufgabe der Notenhürde von der 9. in die 10. Klasse an der Werkrealschule zeigen sich bereits heute deutliche Veränderungen in der Nachfrage nach Ausbildungsberufen und Schularten zum Beispiel im sog. Übergangssystem oder im Beruflichen Gymnasium. Weitere Veränderungen im Wahlverhalten an den beruflichen Schulen beispielsweise durch die noch offene Umsetzung des im Koalitionsvertrag angekündigten **Rechtsanspruchs auf einen Schulplatz am Beruflichen Gymnasium** sind derzeit ebenso wenig absehbar wie die Entwicklung der Schülerströme im Bereich der beruflichen Schulen in der Region Stuttgart insgesamt in Folge der dieses Jahr im Schulgesetz von Baden-Württemberg verankerten **Regionalen Schulentwicklung**.

Im Rahmen des hier vorgestellten Schulentwicklungsplans wurde daher versucht, durch Stärkung der Schulen als **Kompetenzzentren** und dem Aufbau ausgewogener Schulstrukturen unter Einbeziehung von flexiblen Ausgleichsmöglichkeiten in **Gebäudeverbänden** (z.B. Max-Eyth-Schule / Robert-Mayer-Schule oder Gewerbliche Schule für Farbe und Gestaltung / Gewerbliche Schule für Holztechnik) variable Kapazitäten für verschiedene Entwicklungen vorzuhalten.

## 6.2 Städtisches Schulsanierungsprogramm

Mit GRDRs 62/2011 hat die Verwaltung die Untersuchungsergebnisse der Beratungsfirma Drees & Sommer bezüglich des Sanierungsbedarfs der städtischen Schulgebäude vorgelegt. Auf Basis der mit dieser Vorlage zu treffenden Grundsatzentscheidungen kann eine Zusammenführung der Untersuchungsergebnisse zum Sanierungsbedarf mit den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen der Schulentwicklungsplanung erfolgen. Insbesondere im Falle struktureller oder schulorganisatorischer Änderungen sind **Sanierungsmaßnahmen und Umstrukturierungsmaßnahmen kontinuierlich abzustimmen**. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Durchführung dringend notwendiger Sanierungsmaßnahmen nachhaltig ist und zukünftigen schulischen Bedürfnissen entspricht.

## **7. Weiteres Vorgehen**

Mit Vorlage der hier dargestellten Handlungsempfehlungen endet die grundlegende Planungsphase des Projekts Schulentwicklungsplanung 2017 / 2022 für die öffentlichen beruflichen Schulen in Stuttgart. Ziel der ersten Phase war es, auf Basis der in dieser Beschlussvorlage dargelegten Erkenntnisse und Lösungsansätze **Grundsatzentscheidungen für die einzelnen Handlungsfelder** herbeizuführen. Die mit dieser Vorlage zu beschließenden **Prüfaufträge** bilden die Grundlage für Detailplanungen, Weiterentwicklungen und Umsetzungsarbeiten der dargelegten Handlungsempfehlungen.

### 7.1 Umsetzungsschritte in der zweiten Projektphase

Mit einer auf diesen Grundsatzentscheidungen aufbauenden **zweiten Phase** des Schulentwicklungsplanungsprozesses werden Aufgaben und Entscheidungen verbunden sein, die sich mit folgenden Stichpunkten umreißen lassen:

#### Schulorganisatorische Konzeption

- Detailprüfung und Weiterentwicklung schulorganisatorischer Änderungen im Hinblick auf Verlegungen von Berufen und Schularten innerhalb der Schulstandorte in Stuttgart
- Begleitung der durch die Schulentwicklungsplanung angestoßenen inneren Schulentwicklungsprozesse (z. B. Konzeption der Schule als Kompetenzzentrum, Integration von Berufen und Schularten am neuen Standort, Kooperation zwischen Schulen, Zusammenlegung von Schulen ...)
- Abstimmung mit allen Prozessbeteiligten im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens
- Vorbereitung und Umsetzung von Strukturbeschlüssen

### Prüfung der Raumsituation

- Überprüfung der Raumsituation und der Ausstattung
- Erarbeitung von Raumprogrammen auf Basis der Schülerprognosen in der neuen schulorganisatorischen Struktur
- Initiierung von Planungsprozessen im Falle baulicher Umstrukturierungen (z.B. Machbarkeitsstudien)
- Abstimmung mit allen Prozessbeteiligten
- Klärung der Schulbauförderung

### Vorbereitung von Gemeinderatsentscheidungen

- Klärung sämtlicher schulrechtlicher und schulorganisatorischer Fragestellungen im Vorfeld von gemeinderätlichen Entscheidungen
- Erarbeitung von Beschlussvorlagen für entsprechende Einzelvorhaben wie z.B. schulorganisatorische Maßnahmen/Strukturbeschlüsse oder Vorprojektbeschlüsse
- Abstimmung mit allen Prozessbeteiligten

### Bauliche Konzeption

- Planung und Begleitung von konkreten Umstrukturierungs- und Baumaßnahmen bis zur Fertigstellung
- Abstimmung mit allen Prozessbeteiligten im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens

## 7.2 Prozessgestaltung / Beteiligungsverfahren

Die Prüfung und Weiterentwicklung der Empfehlungen erfolgt weiterhin gemeinsam mit den jeweils beteiligten Akteuren, insbesondere den Schulen, Wirtschaftsexperten und dem Regierungspräsidium Stuttgart. Ein derart breit angelegtes **Dialog- und Beteiligungsverfahren** stellt sicher, dass die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen aller am Schulleben Beteiligten eingebracht werden können. Neben dem qualitativen Gewinn angesichts der unterschiedlichen Fachlichkeiten trägt diese Art der Einbindung auch dazu bei, die durch Veränderungsprozesse zunächst einmal ausgelöste hohe Verunsicherung bei den betroffenen Schulen abzubauen und die Identifikation mit den anstehenden Maßnahmen zu stärken.

Die grundlegende **Offenheit des Prozesses** ermöglicht gleichzeitig, dass bei der Bearbeitung und Weiterentwicklung der Prüfaufträge grundsätzliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen berücksichtigt und im weiteren Arbeitsverlauf aufgenommen werden können. Dies wird nicht zuletzt dann relevant, wenn sich in Folge bildungspolitischer Entscheidungen des Landes die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Schulen und Schulträger weiterentwickeln.

Angesichts der breiten Vielfalt des Bildungsangebots im Bereich der Beruflichen Schulen in der Landeshauptstadt Stuttgart sowie der Vielzahl der vorgeschlagenen schulorganisatorischen Änderungen wird diese zweite Phase der Schulentwicklungsplanung die städtische Bildungspolitik der kommenden Jahre nachhaltig prägen. Dies betrifft nicht nur die Prüfung, Planung und Umsetzung konkreter Handlungsempfehlungen, sondern wird sich auch in den genannten Schnittstellen zu den allgemein bildenden Schulen, den weiteren Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie den Auswirkungen der regionalen Schulentwicklungsplanung mit Blick auf die Nachbarkreise widerspiegeln.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Wird die Verwaltung mit der Prüfung, Vorbereitung und Umsetzung der hier dargelegten Handlungsempfehlungen beauftragt, bedeutet dies eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen. Im Zuge der weiteren Bearbeitung werden die dafür notwendigen finanziellen und ggf. auch personellen Ressourcen ermittelt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

### **Beteiligte Stellen**

keine

### **Vorliegende Anträge/Anfragen**

keine

### **Erledigte Anträge/Anfragen**

keine

Dr. Susanne Eisenmann  
Bürgermeisterin

### **Anlagen**

Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen der Landeshauptstadt Stuttgart 2017/2022



Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen 2017\_2022.pdf